

Mir geht's gut, uns geht's immer schlechter

Gefühlte Abwertung im Kollektiv: Eine Tagung in Jena erörtert Schwierigkeiten des Regierens in der repräsentativen Demokratie im Ost-West-Vergleich

„Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung: Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“ lautete der Titel einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, zu der Marion Reiser, in Jena Lehrstuhlinhaberin für das politische System der Bundesrepublik, an ihre Universität eingeladen hatte. Als die Teilnehmer in Jena eintrafen, hatte das Thema unerwartete Aktualität gewonnen. Am selben Tag tagte der Bundesrat in Berlin, und Thüringen war dort nicht vertreten. Der mit den Stimmen der AfD gewählte, inzwischen nur noch geschäftsführende, ohne Minister amtierende Ministerpräsident blieb der Sitzung fern. In Thüringen ist wie unter einem Brennglas das Verschwinden der alten Bundesrepublik zu beobachten. Erstmals wurde 2014 in Erfurt ein Linkspartei-Politiker Ministerpräsident, gefolgt 2020 vom ersten Ministerpräsidenten von Gnaden der AfD. Die jüngste Premierie gab es in der letzten Woche: Der linke Regierungschef kehrte ins Amt zurück dank einer Abmachung mit der CDU.

Franziska Carstensen (Hagen) sprach über den Institutionentransfer anhand der Landtags-Geschäftsordnungen von Rheinland-Pfalz und Thüringen. Die Mainzer Geschäftsordnung wurde für Erfurt komplett übernommen. Nicht zurück auf die eigene Verfassungstradition, sondern gen Westen war 1990 der Blick gerichtet. Es gab einige sprachliche Abweichungen bei Amtsbezeichnungen, auch mussten Verweise auf die Verfassung anders lauten. Denn Thüringen hatte zu diesem Zeitpunkt noch keine Verfassung. Diese beschloss der Landtag erst 1993 auf der Wartburg. Noch galten die nur achtzehn Paragraphen der „Vorläufigen Landessatzung“, die gemäß ihrer Schlussbestimmung durch Aushang in Landtag und „Bezirksverwaltungsbehörden“, Relikten aus DDR-Zeiten, „sowie durch Verlesen im Rundfunk verkündet“ wurde. Darin stand: „Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Landtags.“ Und: „spätestens“ Ende 1992 solle sie außer Kraft treten.

So avancierte die aus Rheinland-Pfalz importierte Langtags-Geschäftsordnung zur Ersatzverfassung. Umso interessanter sind die wenigen Punkte, in denen Thüringen vom West-Vorbild abwich. Man verzichtete – die Bürgerrechtler hatten gerade die runden Tische weggeräumt – auf die rheinland-pfälzische Institution eines Bürgerbeauftragten. Anders als das alte Bundesland statuierte Thüringen die Möglichkeit mehrerer Wahlgänge für die Wahl des Ministerpräsidenten mit sinkenden

Anforderungen an die Mehrheit. Wo der Landtag von Rheinland-Pfalz der Regierung mit der Mehrzahl seiner Mitglieder das Misstrauen aussprechen kann, mit der Folge der Landtagsauflösung, falls kein neuer Ministerpräsident gewählt wird, da führte die Thüringer Geschäftsordnung die Selbstauflösung des Landtags sowie die Unterscheidung zwischen konstruktivem Misstrauensvotum und Vertrauensfrage ein.

Michael Koß (Lüneburg) beleuchtete, mit welchen Maßnahmen der Bundestag der Obstruktion aus seiner Mitte vorzubeugen versucht hat. In der Geschäftsordnungsdebatte am 6. Dezember 1951 sagte der CSU-Abgeordnete Karl Kahn: „Ich bitte, beide Änderungsanträge der Kommunistischen Partei abzulehnen. Wir haben genau gewusst, warum wir alle, von der SPD bis hinüber zur Deutschen Partei, diese Fassung genommen haben. Wir wollen gewissen Leuten ein Mundschloss anhängen.“ Koß zeigte, dass weder KPD noch Grüne oder Linke als Oppositionsparteien je so destruktiv vorgingen wie jetzt die AfD: Im Plenum des Arbeitsparlaments, wo Abgeordnete, außer in der Kernzeit am Donnerstagvormittag, in Ausschüssen unterwegs sind, war die AfD die erste Partei, die dessen Beschlussfähigkeit nicht nur anzweifelte, sondern die Unfähigkeit durch Auszug der Fraktion provozierte.

Auch über Ko-Transformation, vulgo Ossifizierung, wurde gesprochen. Wichtiger als Ampelmännchen ist wohl die Ausweitung der Kinderbetreuung westwärts per Gesetz. Zu Verwerfungen im „Beitrittsgebiet“ führte der Institutionentransfer des westdeutschen Sozialmodells. Jugendlichen, deren Hobby Modellbau war, wurde mit der „Gesellschaft für Sport und Technik“ auch ihre Freizeitgestaltung zerschlagen. Dieter Schimanke, einst Staatssekretär in Sachsen-Anhalt, schilderte, was ein fehlender tertiärer Sektor bedeutete: Die Jugendfeuerwehr diente als Träger der Jugendhilfe. Vom Königsteiner Schlüssel hörte mancher erstmals 2015, als es um die Verteilung von Flüchtlingen auf die Bundesländer ging. Fabian Schmid (Halle) erläuterte das Föderalismusinstrument, das älter als das Grundgesetz ist, vereinbart ursprünglich zur Rettung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen, inzwischen in hundert verschiedenen Politikfeldern angewandt – bis hin zur Kostenteilung beim Aufkauf von Steuerstünder-CDs. Gerechtigkeit hinter dem Schleier des Nichtwissens, noch vor John Rawls.

Was definieren wir nach drei Jahrzehnten als ostdeutsch? Die Frage schwebte über der Tagung. War Philipp Amthor, 1992 in Mecklenburg-Vorpommern geboren, eventuell „westlichen Sozialisationsagenten“ ausgesetzt – ist der aus dem Westen stammende Bodo Ramelow ein „ostdeutscher“ Ministerpräsident? Gerd und Susanne Pickel (Leipzig/Duisburg-Essen) sind seit 1998 auf der Suche nach der „Mauer in den Köpfen“. Sie finden sie nicht. Demokratieverdrossenheit sei „weit und breit nicht vorhanden“, Zufriedenheit nimmt zu, Reste einer Ost/West-Differenz verschwinden, ökonomische Lagen werden in Ost und West gleich eingeschätzt. Umso mehr falle die rätselhafte Differenz bei Fragen nach der „relativen Deprivation“ auf. Jemand, der sich individuell keineswegs als Verlierer sieht, meint dennoch, Ostdeutsche seien Bürger zweiter Klasse. „Es gibt eine gefühlte Abwertung im Kollektiv.“ Beachtet mehr die Überlieferung von Erfahrungen und Narrative! Everhard Holtmann (Halle-Wittenberg) schlug vor, die „suggestive Zweite-Klasse-Frage“ nicht mehr zu stellen, sondern Lebenslagen im Detail zu erfragen. Auch die Langzeitstudie „Thüringen-Monitor“ zeigt, dass Demokratiezufriedenheit steigt, sogar bei Bürgern mit „autoritärer Einstellung“; vielleicht schließt die AfD eine Repräsentationslücke.

Katja Wolf ist seit siebeneinhalb Jahren Eisenachs direkt gewählte Oberbürgermeisterin mit Linke-Parteibuch, ohne eigene Stadtratsmehrheit. Staatsversagen definiert sie aus Bürgersicht: „Nicht geleerte Papierkörbe in der Drachenschlucht und von der Hygieneaufsicht geschlossene Duschen in der Jahn-Sporthalle.“ In Hinblick auf AfD-Wähler mahnte Wolf, „nicht durch neue Ausgrenzungen politische Diskursfähigkeit zu verlieren“. Da traf sich die Kommunalpolitikerin der Linken mit dem Leiter der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, der davor warnte, mit Regelverletzungen Demokratiegegnern schützen zu wollen.

Zum Dreißigjährigen der Einheit „gärt“ in Katja Wolf, wie sie vor den Forschern bekannte, die „bittere“ Erinnerung daran, dass der Verfassungsentwurf des runden Tisches 1990 unter den Tisch fiel. Damals war sie vierzehn Jahre alt, in der Pubertät – „wenn Sturm und Drang und Revolution zusammen kommen, was Besseres gibt's ja gar nicht“. Heute bekomme sie Gänsehaut beim Lesen von Artikel 1 Absatz 2 jenes Entwurfs: „Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleich.“ GÜNTER PLATZDASCH